



AdT Nr. 10 Argument des Tages

Wahlbüro

15. September 2009

LINKS wirkt

Die Tagesordnung des Wahlkampfs

DIE LINKE bestimmt die Tagesordnung dieses Wahlkampf: Sei es mit der Forderung nach einem Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, der Abschaffung von Hartz IV oder der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Höhe von 10 Euro. DIE LINKE treibt mit ihrer Forderung, dass die Reichen für die Krise zahlen sollen, die anderen Parteien regelrecht vor sich her. Bereits im Wahlkampf zeigt sich: LINKS wirkt!

Beispiel Afghanistan

In allen Parteien gewinnen Stimmen an Gewicht, die einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordern. In Umfragen spricht sich eine große Mehrheit der Bevölkerung dafür aus. Im Wahlkampf versucht die SPD jetzt einen Teil dieser Wählerinnen und Wähler anzusprechen, in dem sie mit dem Steinmeier-Plan suggeriert, auch sie stünde hinter einem Abzug der Bundeswehr in der nächsten Legislaturperiode. Selbst EX-Verteidigungsminister Volker Rühe und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit Rot-Grün federführend für die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan verantwortlich ist, fordern mit unterschiedlichen Abzugsdaten einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass nach den Bundestagswahlen, Grüne, FDP, CDU/CSU und SPD, die jetzt Kreide gefressen haben, einer weiteren Aufstockung des Bundeswehrkontingents in Afghanistan, wie auch einer Ausweitung des Krieges zustimmen werden. Damit wird eine groß angelegte Wählertäuschung vorbereitet.

Beispiel Mindestlohn 10 Euro

Während DIE LINKE 2005 mit ihrer Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ganz alleine stand, stellten sich im Wahlkampf SPD und Grüne hinter diese Forderung, obwohl sie im Bundestag in den letzten 5 Jahren immer dagegen gestimmt haben. Auch bei den Gewerkschaften werden die Auffassungen immer gewichtiger, dass eine Mindestlohnhöhe von 7,50 Euro, so wie sie SPD und Grüne sich jetzt auf die Fahnen geschrieben haben, nicht ausreichend ist. Der DGB-Vorsitzende Sommer erklärte am 14. September 2009 die Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro sei „nicht mehr zeitgemäß“. Der DGB-Kongress im Mai 2010 werde diese Forderung zum Mindestlohn

"deutlich nach oben schrauben. DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen gesetzlichen Mindestlohn oberhalb der OECD-Niedriglohngrenze von 9,62 fordert. DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen Mindestlohn in einer Höhe einfordert, von dem man auch leben kann. Die Koalitionsoptionen der SPD und der Grünen stehen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns entgegen. Weder eine große Koalition noch eine Ampel-Koalition wird einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Damit findet de facto auch hier eine Wählertäuschung durch SPD und Grüne statt. Das Modell von SPD und Grünen ist, formal den Forderungen der Linken nachzueilen, weil dadurch Wählerinnen und Wähler gewonnen werden sollen, aber real Bedingungen zu wählen, unter denen diese Forderungen dann nicht erfüllt werden können.

Beispiel: Die Reichen sollen für die Krise zahlen

Allein DIE LINKE will, dass die Reichen für die Krise zahlen sollen. Sie allein steht für die Einführung einer Millionärssteuer, um ein neues Zukunftsinvestitionsprogramm aufzulegen und 2 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vizekanzler Steinmeier hat versucht diese Forderung durch seinen Steinmeier-Plan für 4 Millionen Arbeitsplätze zu übertreffen. Allerdings bleibt bei der SPD unklar wie diese Arbeitsplätze geschaffen werden sollen und es gibt keine Festlegung für eine Finanzierung dieses Plans. Damit wird eine große Wählertäuschung vorbereitet. Denn nach den Wahlen wird dann auf die klammen Kassen verwiesen werden, mit denen sich eben die hochfliegenden Wahlkampfpläne nicht verwirklichen ließen. In seinem Schlusswort im Fernsehduell im Angela Merkel ließ Steinmeier verlauten: „Schwarz-Gelb würde bedeuten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.“ Die Wahrheit ist, dass Rot-Grün eine Politik der Umverteilung von Unten nach Oben in bisher unbekanntem Ausmaß auf die Schiene gesetzt hatte. Eine Politik, die dann von der Großen Koalition z.B. mit der Hinaufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre noch fortgesetzt wurde. Die SPD steht wie bei der Mehrwertsteuererhöhung nach den Bundestagswahlen 2005 dafür, dass Beschäftigte, Rentner und Studierende die Zeche zahlen sollen, während Großunternehmen mit Steuergeschenken bedacht werden.

Mittel gegen den Wahlbetrug

Gegen den groß angelegten Wahlbetrug bei Afghanistan, beim Mindestlohn, bei der Frage, wer für die Krise zahlen soll, hilft nur eine Stärkung der Linken. Das ist die einzige Sprache, die die anderen Parteien verstehen. Am 27. September liegen zwei Alternativen zur Abstimmung vor. DIE LINKE steht gegen Krieg und Sozialabbau. Die anderen Parteien stehen für eine weitere Umverteilung von Unten nach Oben und weltweite Kriegseinsätze. Schon im Wahlkampf zeigt sich: DIE LINKE kann die Tagesordnung nach den Bundestagswahlen bestimmen. Je stärker DIE LINKE desto sozialer und friedlicher das Land!

Zum Weiterlesen:

<http://www.michael-schlecht.net/?p=470>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/124/487528/text/>